

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erläutert den Antrag zur Erhöhung der OGS Elternpauschale.

Die UWG-Fraktion bestätigt die inhaltlichen Argumente, sieht aber erst die Notwendigkeit für den nächsten Doppelhaushalt 2021/2022.

Die SPD-Fraktion befürwortet, dass der Antrag erst bei der nächsten Haushaltsberatung eingebracht werden sollte. Dem neuen Rat sollte man zum jetzigen Zeitpunkt keine Vorgaben machen.

Die CDU-Fraktion begrüßt den Antrag, sieht aber ein Problem in der Gegenfinanzierung, da sich die Stadt in der Haushaltssicherung befindet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weisen darauf hin, dass ein Antrag des Trägers der OGS in den Haushaltsberatungen 2019/2020 nicht berücksichtigt wurde. Daher wurde der Antrag nun nach den Haushaltsberatungen eingebracht.

Die Verwaltung stellt klar, dass der Antrag des Trägers durch ein Versäumnis der Verwaltung nicht bei den Haushaltsberatungen eingebracht wurde. Ein solcher Antrag mit entstehenden Mehrkosten von ca. 50.000 € bedarf aber auch eines Deckungsvorschlages, da die Stadt sich in der Haushaltssicherung befindet. Dies muss dann nach Beschlussfassung durch den Rat von der Kommunalaufsicht genehmigt werden, da es sich um keine Pflichtaufgabe der Stadt handelt.

Die SPD-Fraktion wird dieses Thema bei der nächsten Haushaltsberatung aufgreifen. Dann auch mit konkreteren finanziellen Grundlagen und Angaben zur Zahl der Kinder, die die Betreuung in der OGS nutzen.